



Geschäftsführung:
Fachbereich 4 Planen und Bauen

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses der Stadt
Lüdenscheid am 22.03.2023
im Ratssaal**

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Björn Schöttler	CDU	
Ratsherr Jürgen Appelt	Bündnis 90/Die Grünen	
Ratsfrau Ilona Bartocha	Bündnis 90 /Die Grünen	
Ratsherr Manuel Bunge	SPD	
Ratsherr Otto Ersching	DIE LINKE.	
Ratsherr Dominik Hass	SPD	
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsherr Lothar Hellwig	SPD	Vertretung für Frau Manß
Ratsherr Daniel Kahler	CDU	
Ratsherr Steffen Kriegel	SPD	
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	Vertretung für Ratsherrn Fröhling
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Herr Gülpasa Erdogan CDU-Internationale Liste

Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf
Herr Rolf Mielke
Herr Holger Moeser
Frau Martina Baumast

Schriftführung:

Frau Kathrin Sturm

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Oliver Fröhling	CDU
Herr Martin Kahler	CDU
Frau Sandra Manß	SPD
Herrn Christoph Wagener	FDP

1. Öffentliche Fragestunde

Unter diesem Tagesordnungspunkt kam als erstes Frau Kenter zu Wort. Im Namen der **Bürgerinitiative Pro Brunscheid** wurden u.a. folgende Fragen gestellt:

...“Heute werden unter Punkt 3 der TO die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie hinsichtlich der technischen Umsetzung und der Wirtschaftlichkeit des Gewerbegebiets Rosmart 2 von der Ingenieurgesellschaft Nordwest vorgestellt. Ohne die Ausführungen gehört zu haben, ergeben sich im Vorfeld schon mehrere Fragen. Die möchte ich gerne einzeln stellen und beantwortet haben.

Frage 1: Warum gibt es zur Tagesordnung keine im Vorfeld veröffentlichten Informationen (z.B. einen Abzug der Studie), die man als Bürger und sicher auch als Vertreter der Politik und Mitglied dieses Ausschusses benötigt, um Fragen vorzubereiten und vollständige Informationen, die ich im Rahmen einer echten Bürgerbeteiligung auch erwarte. Daher zur Frage gleich der Antrag, dass man mögliche weitere Fragen im Anschluss an den Vortrag oder später noch schriftlich stellen kann.

Frage 2: Anfang 2021 wurde nach einer ersten Umweltstudie, die hier vorgestellt wurde, das Verfahren einer Artenschutzprüfung II für die Ausbaustufe 1 in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse sollten laut schriftlicher Aussage des Fachdienstes Bauleitplanung und Städtebau der Öffentlichkeit und den zuständigen Gremien der Kommunalpolitik vorgestellt werden. Die Bürgerinitiative hat außerdem im September 2021 eine naturschutzfachliche Stellungnahme eingereicht, die im weiteren Verfahren berücksichtigt werden sollte. Ich habe diesen Punkt auf keiner Tagesordnung gesehen. Wie können wir jetzt über die Kosten einer möglichen Machbarkeit diskutieren, wenn die Ergebnisse zur Umweltverträglichkeit gar nicht veröffentlicht worden sind? Oder wann und wo sind die Ergebnisse vorgestellt worden?

Frage 3: In der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt haben Sie beschlossen: ...“Im Jahr 2030 verfolgt die Stadt Lüdenscheid eine gesamtstädtische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel. Grün- und Wasserflächen sowie eine Reduzierung der Flächen-Neuinanspruchnahme tragen zu einer Verbesserung des Stadtklimas sowie zum Schutz natürlicher Ressourcen und biologischer Vielfalt bei.“...
(Zitat S. 69/70 aus der Nachhaltigkeitsstrategie Stadt Lüdenscheid)

Zusätzlich mit dem aktuellen Bericht des Weltklimarates vor Augen frage ich Sie, wieso Geld für Studien und für Planungsbüros, für Konzepte zur Neuflächenbebauung und Geländeer-schließungen ausgegeben wird, anstatt unattraktive oder nicht zur Verfügung stehende Brachflächen nutzbar zu machen, zu kaufen und dann aktiv zu vermarkten?“...

Dieser Fragenkatalog wurde im Nachgang von der Bürgerinitiative zur Verfügung gestellt.

Herr Bärwolf äußerte sich während der Sitzung wie folgt zum Thema:

Es unterliegt dem üblichen Prozedere, dass eine im Ausschuss erstmalig der Öffentlichkeit und der Politik vorgestellte Studie nicht vorab kommentarlos abgebildet wird.

Der abschließende Bericht zur Artenschutzprüfung II liegt noch nicht vor.

Trotz Nutzung vorhandener Brachflächen, wie das Gebiet um die Fa. Novelis mit ca. 5 Hektar Fläche, welches mit Wohnbebauung be- und überplant wurde, sind diese nicht ausreichend. Es bedarf zusätzlicher Neuflächen, wie Rosmart, um der Daseinsfürsorge hinsichtlich der heimischen Gewerbe- und Industriebetriebe und somit auch der Sicherung von Arbeitsplätzen in der Region Rechnung zu tragen.

Ein Brachflächenkataster für Lüdenscheid liegt vor und ist für Jedermann einsehbar. Darin enthalten sind alle Grundstücke von Eigentümern, die sich registriert haben.

Frau Rohlmann als Sprecherin des **Vereins „Nachhaltig leben in Lüdenscheid e.V.“** stellte nachfolgende Anmerkungen und Fragen zur Diskussion.

...“1. Wir haben selbst an der Nachhaltigkeitsstrategie unserer Stadt mitgearbeitet und bei der Bürgerversammlung im Museum auf das operative Ziel 2.3.2 verwiesen, in dem es u.a. heißt, dass Naherholungsgebiete (wie die Rätherwiese eines ist) vor Bebauung und Lärmeintrag zu schützen sind. Deshalb begrüßt unser Verein ausdrücklich die vorgelegten Anträge zu TOP 7. In der Begründung zum Antrag, ein Bürgerbeteiligungsverfahren nur noch für das Gebiet rund um den Sportplatz Höh durchzuführen, wird zwar deutlich gemacht, dass die Politik auf Grund gegenteiliger Bürgerinteressen nicht auf einer Umsetzung des Beschlusses zur Bebauung der Rätherwiese beharren will, aber an welcher Stelle geht aus Ihrem Antrag hervor, dass die Rätherwiese auch in Zukunft nicht bebaut werden soll?

2. (Zitat aus der Nachhaltigkeitsstrategie, S. 71) ... „Lüdenscheid ist im Jahr 2030 überregional bekannt für sein fortschrittliches Handeln im Klimaschutz, die Bürgerpartizipation und das große bürgerschaftliche Engagement“...

Unser Verein steht schon jetzt für das genannte bürgerschaftliche Engagement und ist der Meinung, dass wir angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen durch die Brückenspernung und den Ukraine-Krieg unsere Stadt nur durch eine intensive Kooperation von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung aus der Krise bringen können. Wir möchten uns aktiv einbringen, weil wir diese Stadt lieben und die Nachhaltigkeitsstrategie mit Leben füllen wollen. Natürlich werden wir dabei kritisch bleiben um zukünftig solche eklantanten Bausünden zu verhindern wie 1,2 ha für einen einzigen Lidl zu verschwenden oder einen Edekamarkt auf ein Grundstück zu bauen, auf dem eine große Firma mit direktem Gleisanschluss Platz gehabt hätte.

Unterschätzen Sie das Potenzial und die Fachkompetenz der Bürgerschaft nicht, und beteiligen Sie engagierte und sachkundige Bürger*Innen deutlich früher an den Planungen. Beispielsweise bezüglich des Loher Wäldchens haben wir im Verein bereits eine Planungsgruppe mit hervorragenden Experten, die von Anfang an dieses Projekt mitplanen möchten. Im Fall der Rätherwiese hätten wir sicher, wenn ich das richtig einschätze, eine fünfstellige Summe für das Planungsbüro sparen können, wenn die Bürgerversammlung zu Beginn der Planungen durchgeführt worden wäre.

Eine frühzeitige Einbeziehung der Bürgerschaft führt bei manchen Projekten vielleicht sogar dazu, dass wir gar kein externes Planungsbüro brauchen und das gesparte Geld bereits in die eigentlichen Projekte stecken können. Wir fordern die Verwaltung und die Politik auf, die von ihr selbst beschlossene Nachhaltigkeitsstrategie umzusetzen und danach zu handeln.

Wie stellen Sie zukünftig sicher, dass sachkundige und engagierte Bürgerinnen und Bürger von Anfang an in die Planungsprozesse eingebunden werden?“...

(Im Verlauf der eigentlichen Sitzung bemerkte Herr Weiß, dass hier nur Anwohner sitzen, die die Bebauung der Räterwiese vor ihrer Haustür verhindern wollen. Damit wollte er zum Ausdruck bringen, dass es nur um die Wahrung eigener Interessen geht. Dieser Aussage habe ich energisch widersprochen, sowohl Herr Brunner als auch ich sind keine Anwohner und handeln ausschließlich aus Gründen, die in der Nachhaltigkeitsstrategie unserer Stadt verankert sind und aus Gründen die der Satzung unseres gemeinnützigen Vereines entsprechen. Ich hätte diesen Einspruch gegen ein Vorurteil, dem wir leider in den letzten Jahren häufiger begegnet sind, gerne im Protokoll vermerkt, da er der Klarstellung eines falsch dargestellten Sachverhaltes dient.)

Vorsitzender Weiß äußert sich im Verlauf des Redebeitrags von Frau Rohlmann wie folgt:

Der TOP 7 enthält, anders als von Frau Rohlmann angesprochen, keine Beschlussvorlage zur zukünftigen Nutzung und Gestaltung des Gebietes um den Sportplatz Höh.

Es liegt lediglich ein Antrag aller Fraktionen vor, die Verwaltung damit zu beauftragen, ein neues Bürgerbeteiligungsverfahren durchzuführen, bei dem die interessierte Bürgerschaft eigene Ideen und Vorstellungen zur zukünftigen Nutzung und Gestaltung des Gebietes um den Sportplatz Höh einbringen kann. Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung sollen als Grundlage für ein nachfolgendes Bauleitplanverfahren dienen und die Beschlussvorlage des Rates Nr. 260/2021 soll zurückgenommen werden.

Grundsätzlich ist die Bürgerbeteiligung als erste und oberste Beteiligungsform in allen politischen Gremien der Stadt Lüdenscheid durch die seitens der Bürgerschaft gewählten (und durch die jeweiligen Fraktionen als Ratsmitglieder oder sachkundige Bürger*Innen in die jeweiligen Fachausschüsse entsandten) politischen Vertreter*Innen sichergestellt und eine aktive Mitwirkung bei Entscheidung der politischen Beschlüsse somit gegeben.

Wie sowohl vom Gesetzgeber im Bauleitplanverfahren vorgeschrieben als selbstverständlich seitens der Verwaltung praktiziert, ist die Öffentlichkeit an verschiedenen Stellen im Bauleitplanverfahren anzuhören und zu beteiligen (beispielsweise im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung sowie während der öffentlichen Auslegung der Planunterlagen).

2. Berichts- und Beschlusskontrolle

Ohne Diskussion nehmen die Ausschussmitglieder die mit den Sitzungsunterlagen zur Verfügung gestellte Auflistung der offenen und der erledigten Beschlusskontrollen zur Kenntnis.

3. Vortrag der Machbarkeitsstudie zur Erweiterung des interkommunalen Gewerbegebietes Rosmart 2.0

Herr Althof und Frau Tarfeld von der Ingenieurgesellschaft Nordwest stellen die Machbarkeitsstudie zur Erweiterung des interkommunalen Gewerbegebietes Rosmart 2.0 vor. Die Präsentation ist im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellt.

4. Vortrag zur 2. Fortschreibung des gesamtstädtischen Einzelhandelskonzeptes

Frau Kopischke vom Büro Junker+Kruse stellt die zweite Fortschreibung des gesamtstädtischen Einzelhandelskonzeptes vor. Die Präsentation ist im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellt.

**5. 2. Fortschreibung des gesamtstädtischen Einzelhandelskonzeptes; Beschluss des Entwurfs und der Öffentlichkeitsbeteiligung
Vorlage: 042/2023**

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig beschlossen.

Beschluss:

- I. Dem Entwurf zur 2. Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes (EKH) der Stadt Lüdenscheid wird zugestimmt.
- II. Die Verwaltung wird beauftragt den Entwurf zur 2. Fortschreibung des EHK für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Parallel sind die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

6. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

6.1. Vorschläge zur Weiterentwicklung des Schlosses Neuenhof (Nutzungen) und dessen Umfeld

Freiherr von dem Bussche stellt einen Antrag auf Einleitung eines Bauleitverfahrens und begründet dies mit Hilfe seiner Präsentation.

Die Präsentation ist im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellt.

7. Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP zum Thema " Bürgerbeteiligungsverfahren zur künftigen Nutzung und Gestaltung des Gebietes um den Sportplatz Höh"

Der Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP lautet wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Bürgerbeteiligungsverfahren durchzuführen, bei dem die interessierte Bürgerschaft eigene Ideen und Vorstellungen zur künftigen Nutzung und Gestaltung des Gebiets um den Sportplatz Höh einbringen kann. Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung sollen Grundlage für ein nachfolgendes Bauleitplanverfahren sein.

Die Beschlussvorlage Nr. 26012021 wird zurückgenommen.

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

8. Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP vom 09.03.2023 zum Thema " Künftiges Bauen von Wohnhäusern in Lüdenscheid - Datenlage in Lüdenscheid und Best-Practice-Beispiele aus anderen deutschen Städten "

Ratsherr Kriegel bittet um Abstimmung, den im Rats- und Bürgerinformationssystem eingestellten Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP vom 09.03.2023 zum Thema " Künftiges Bauen von Wohnhäusern in Lüdenscheid - Datenlage in Lüdenscheid und Best-Practice-Beispiele aus anderen deutschen Städten " um den Zusatz „Nachhaltigkeit“ zu ergänzen.

Der Ergänzung des vorgenannten Antrags wurde einstimmig zugestimmt.

9. Antrag der SPD Fraktion vom 09.03.2023 zum Thema " Errichtung von Wohnmobilstellplätzen "

Die Verwaltung wird beauftragt, einen oder mehrere Standorte für innenstadtnahe Wohnmobilstellplätze zu finden und die Kosten für deren Errichtung zu ermitteln. Dabei ist auch die Möglichkeit zu prüfen, ob und in welcher Konstellation ein Investor die Errichtung von Wohnmobilstellplätzen in Lüdenscheid übernehmen kann.

Dabei ist zu berücksichtigen:

- Erreichbarkeit Innenstadt
- Erreichbarkeit Freizeit- und Kultureinrichtungen
- Möglichst ruhige Lage
- Ausstattungsmerkmale:
 - o parzellierter Stellplatz / ggf. Einfriedung
 - o ggf. Ver- und Entsorgungseinrichtung
 - o ggf. Sanitäranlagen
 - o Stromanschluss
 - o Müllentsorgung
 - o Internetanschluss
 - o ausreichende Beleuchtung
- Prüfung von ggf. möglichen Fördermitteln
- Prüfung Betreiberform (z. B. Verwaltung, Reinigung)
- Prüfung Höhe der Entgelte
- Prüfung Nutzungsmöglichkeit durch Caravan-Gespanne

Eine entsprechende Ausarbeitung ist der Politik zur Abstimmung über die Realisierung als Beschlussvorlage in der Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 23. August 2023 vorzulegen.

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Ein ähnlicher Antrag war bereits in der Sitzung des Hauptausschusses am 14. Juni 2021 einstimmig beschlossen, allerdings nicht umgesetzt worden.

Vorsitzender Weiß gibt zu bedenken, ob es aus diesem Grund zulässig ist, den fast identischen Antrag zum zweiten Mal zu stellen?

Herr Bärwolf bejaht die Zulässigkeit und begründet die ausstehende Beantwortung des ehemaligen Antrags damit, dass bisher keine geeigneten Flächen in Lüdenscheid zu finden waren. Stellt aber eine erneute Prüfung des Auftrages in Aussicht.

10. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

Entfällt

Vorsitzender Weiß beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich für die gehaltenen Vorträge.

gez. Weiß

Vorsitzender

gez. Sturm

Schriftführerin